

Bergedorfer Zeitung vom 07.12.2011

Bergedorf wie es plant und knirscht

POLITIK MUSS ENTSCHEIDEN Oststeinbek will kein gemeinsames Wohngebiet – Diskussion um Gewerbeflächen

Von André Herbst

Bergedorf. In Bergedorf werden die Weichen für die Zukunft gestellt, ob Wohnungsbau oder neue Gewerbegebiete. Dabei knirscht es immer wieder laut hörbar. Dafür sorgen heute im Stadtplanungsausschuss etwa FDP/Piraten mit ihrem Vorstoß, die Planungen für ein grünes Logistikgebiet zwischen Brookdeich und A25 zu stoppen. Andererseits gibt es Überlegungen für neue Gewerbeansiedlungen, auch auf Kosten weiterer Kleingartengebiete – aber auch das endgültige Aus für ein die Landesgrenze überschreitendes Wohngebiet nördlich des Reinbeker Redders. Für Diskussionsstoff im Rathaus ist gesorgt (Beginn: 17.30 Uhr).

So zur Frage, wo im Bezirk noch Platz ist für neue Gewerbeansiedlungen. Eine Entscheidung über ein Gewerbeflächenkonzept wurde vertagt. Eine Vorlage der Verwaltung sieht etwa zwischen Gewerbegebiet Allermöhe und Huckepackbahnhof ein Areal von 39 Hektar vor. Der Name „Allermöhe-Nord“ sorgte zunächst für Verwirrung, tatsächlich handelt es sich um Billwerder.

Zu mehreren Vorlagen zum Bergedorfer Wohnungsbauprogramm kommt ein Antrag der Linken, den Bau preisgünstiger Mietwohnungen und Veränderungssperren per städtebaulichen Verträgen abzusichern. Für eine im bisherigen Gewerbe-Areal zwischen Brookdeich, Neuem Weg und

Südbahnhof geplante Wohnbebauung soll jetzt das Plangebiet abgegrenzt werden – auf Flächen der unmittelbar beteiligten Grundeigentümer.

Schon relativ weit gediehen sind die Vorbereitungen für

„Großflächiger Einzelhandel soll hier künftig nicht mehr zulässig sein.“

Peter Gabriel (SPD) zum Plangebiet Glasbläserhöfe

das Baugebiet Glasbläserhöfe zwischen Weidenbaumsweg und Schleusengraben. Nach einer öffentlichen Auslegung von geänderten Plänen muss die Politik jedoch erneut entscheiden. „Im ersten Durch-

lauf ist übersehen worden, dass wir die Ausweisung für das nördlich Areal am Sander Damm ändern wollen, großflächiger Einzelhandel soll hier künftig nicht mehr zulässig sein“, stellt Ausschusschef Peter Gabriel (SPD) klar.

Das Nein der Gemeinde Oststeinbek zu einem grenzüberschreitenden neuen Wohngebiet zwischen Reinbeker Redder und Havighorst verärgert den Fraktionschef von FDP/Piraten. „Unser Bezirksamt ist bei den entscheidenden Gesprächen mit leeren Händen angetreten“, klagt Ernst Mohnike. „Bei solchen Projekten geht es immer auch ums Geld, etwa für die Entwässerung. Oder zur Frage, wer für Schulgebühren aufkommt, die Neu-Oststeinbe-

ker im Neubaugebiet zahlen müssten, deren Kinder im nahen Boberg oder Lohbrügge eine Hamburger Schule besuchen wollen.“

Für Gabriel geht diese Kritik am Thema vorbei. Oststeinbek habe bereits vor Jahren deutlich gemacht, dass es an einem gemeinsamen Wohngebiet kein Interesse hat. Zu Entwässerungs- und Finanzfragen kommt die grundsätzliche Haltung der Gemeinde: Sie will nicht weiter wachsen.

Für Bergedorf und die Pläne, jedes Jahr mindestens 600 neue Wohnungen zu genehmigen, sieht Gabriel keine Probleme: „Wir haben eine kleine Lösung allein auf Lohbrügger Gebiet in der Schublade – dann wird eben die realisiert.“

„INSELLÖSUNG“ ABGELEHNT

Bergedorfer Zeitung 07.12.2011

GAL scheitert mit Vorstoß gegen Schnellbuszuschlag

Bergedorf (he). GALier und Linke sorgen sich um die Schnellbuslinien. Der Zuschlag von 1,60 Euro hindere viele Menschen, die Verbindungen zu nutzen, er sei ein Grund für die geringe Auslastung. Der GAL-Antrag, für die Linie 31 die Abschaffung zu fordern, ist jetzt im Verkehrsausschuss jedoch gescheitert.

Werde der Zuschlag abgeschafft, würden mehr Menschen den Schnellbus nutzen, begründete GAL-Verkehrsexperte Norbert Fleige seinen Vorstoß. Mit einer Sitzplatzauslastung von maximal 42 Prozent sieht auch Robert

Gruber (Die Linke) den Bestand der 31er-Linie akut gefährdet. Die Warnung von Sven Eichner (FDP), fehlende Wirtschaftlichkeit könne sich als noch gefährlicher für die Schnellbusse erweisen, konnte Gruber nicht überzeugen: „Busverkehr ist in Hamburg nirgends kostendeckend.“

Die Mehrheit aus SPD und CDU will jedoch keine Bergedorfer „Insellösung“, stimmte gegen den GAL-Antrag. Der Vertreter von FDP/Piraten enthielt sich: Der Bundesparteitag der Piraten hat gerade beschlossen, den ÖPNV prinzipiell kostenlos zu machen.